

Inhaltsverzeichnis Seite

Geleitwort	15
Vorwort	16
I. Kapitel	
Die Monarchie	
Die Gründung des Zweiten Deutschen Reiches am 18. 1. 1871	
Reichskanzler Otto von Bismarck gelang es 1871, die einzelnen Länder zum Eintritt in den Norddeutschen Bund zu gewinnen und damit die erneute Reichsgründung herbeizuführen	
Der preußische König Wilhelm I. wurde 1871 zum Deutschen Kaiser proklamiert	
Das „Dreikaiserjahr“ 1888. Wilhelm I., Friedrich-Wilhelm III., Wilhelm. II.	20
Reichskanzler Otto von Bismarck wurde 1890 entlassen	21
Deutschland am Beginn des 20. Jahrhunderts	22
Der schwierige Regierungsstil von Kaiser Wilhelm II.	
Großbritannien drohte Deutschland 1904 mit Krieg	23
Die Treue Deutschlands zu Österreich-Ungarn führte Deutschland 1914 in den Weltkrieg	
Der Beginn des 1. Weltkrieges am 1. 8. 1914	24
Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten 1918	25
Die erzwungene Abdankung Kaiser Wilhelm II. 1918 bedeutete das Ende der Monarchie in Deutschland	26
2. Kapitel	
Die Weimarer Republik	
Die „Deutsche Republik“ wurde 1918 ausgerufen	
Die Nationalversammlung beschloß 1919 in Weimar eine neue Reichsverfassung	
Reichskanzler Friedrich Ebert wurde am 11. 2. 1919 von der Nationalversammlung zum Reichspräsident der neuen Republik gewählt	27
Philipp Scheidemann wurde am 31. 7. 1919 neuer Reichskanzler	
Der Friedensvertrag der Siegermächte von 1918 lag vor.	
Eine politische und wirtschaftliche Instabilität kennzeichnet von Anbeginn an die Weimarer Republik	28
Die Inflation 1923 verschärfte die wirtschaftliche Lage in Deutschland	29
Der Führer der Nationalsozialistische Deutschen Arbeiterpartei Deutschlands, Adolf Hitler, putschte am 9. 11. 1923 in München und rief die „Nationale Revolution“ aus	
Reichspräsident Friedrich Ebert starb am 28. 2. 1925 im Alter von 52 Jahren und Paul von Hindenburg wurde am 26. 4. 1925 neuer Reichspräsident	31
Die Entwicklung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) während der Weimarer Republik	35
Die 6. Reichstagswahl am 31. 7. 1932	37
Wer war Adolf Hitler	38
3. Kapitel	41
Die Diktatur des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“ 1933	
Der Aufstieg und Niedergang des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“ von 1933 bis 1945	
Die Bildung einer neuen Regierung der „Nationalsozialistischen Konzentration“ 1933	
Die vorgezogene Reichstagswahl am 5. 3. 1933	42
Das Ermächtigungsgesetz zur „Behebung der Not von Volk und Staat“ 1933	43
Die Konstituierung des neuen Reichstages am 21. 3. 1933	44
Die Propaganda war das wichtigste Instrument zur Beeinflussung der Massen	45
Der Volksempfänger – ein Radio für Jedermann	
Alle wurden gleichgeschaltet	46
Der Röhm-Putsch am 30. 6. 1934	48
Die Judenverfolgung und Judenvernichtung nach 1933	
Die Hitlerjugend im Aufbau	54
Die Wende in der Agrarpolitik nach 1933	59
Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach 1933	60
Der „Volkswagen“ – ein Auto für jeden Volksgenossen	66
In Berlin fanden 1936 die „Olympischen Sommerspiele“ statt	67
Die deutsche Außenpolitik und ihre schwerwiegenden Folgen	
Deutschland trat 1933 aus dem „Völkerbund“ aus	68
Das entmilitarisierte Rheinland wurde 1936 von deutschen Truppen besetzt	
Die Achse Berlin – Rom 1936	69
Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich 1938	

Das Sudetenland wurde 1938 annektiert und von deutschen Truppen besetzt	70
Die Besetzung der Tschechoslowakei durch deutsche Truppen 1939	
Die Besetzung des Memelgebietes durch deutsche Truppen 1939	
4. Kapitel	71
Der Beginn des 2. Weltkrieges am 1. 9. 1939	
Der Angriff der Deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. 9. 1939	
Polen wurde durch deutsche Truppen besetzt und aufgeteilt	72
Deutschland und Polen – eine wechselvolle Geschichte	73
Deutsche Truppen besetzten 1940 Norwegen und Dänemark	
Der Feldzug der deutschen Wehrmacht in Holland, Belgien und Frankreich 1940	74
Zwischen Deutschland, Italien und Japan wurde 1940 ein „Dreimächtepakt“ geschlossen	
Der Krieg in Nordafrika 1941	
Der Angriff der Deutschen Wehrmacht auf Rußland am 22. 6. 1941	75
Die verlorene Schlacht um „Stalingrad“ 1942/43 beendete den Vormarsch der deutschen Truppen an der gesamten Ostfront	77
Der Rückzug der deutschen Truppen im Mittel- Süd- und Nordabschnitt der Ostfront 1944	
Die Landung der alliierten Truppen an der Küste in der Normandie/Frankreich 1944	
Der Rückzug der deutschen Truppen aus Italien 1944	
Das Bombenattentat auf Adolf Hitler am 20. 7. 1944	80
Der Warschauer Aufstand in Polen 1944	81
Der Rückzug der deutschen Truppen an der gesamten Ostfront wurde 1944 fortgesetzt	
Die letzte große Offensive der deutschen Truppen im Westen 1944 blieb erfolglos	82
Der Rückzug der deutschen Truppen an der gesamten Westfront ab 1944	
Der Vormarsch der Westalliierten und der sowjetischen Truppen im Westen und Osten auf deutsches Reichsgebiet	83
Hitlers letzter Tagesbefehl an die deutschen Truppen an der Ostfront	
Adolf Hitler beging am 30. 4. 1945 im Bunker der Reichskanzlei in Berlin Selbstmord	84
Adolf Hitler bestimmte in seinem politischen Testament, daß er einen Tag vor seinem Selbstmord am 29. 4. 1945 seiner Sekretärin diktiert hatte, Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger	
Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. 5. 1945	87
Der letzte Wehrmachtbericht des Oberkommando der Wehrmacht (OKW) wurde am 9. 5. 1945 bekanntgegeben	
Die wichtigsten Bestimmungen der Kapitulationsurkunde	89
Die große Rache der „Roten Armee“ und der „Polnischen Miliz“ an der deutschen Bevölkerung in den deutschen Ostprovinzen, Polen, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und den Baltischen Ländern	90
Das große Sterben des 2. Weltkrieges	92
Die Befreiung der Gefangenen in den deutschen Konzentrationslagern durch westalliierte und sowjetische Truppen 1944 und 1945	
Deutschland wurde von den Alliierten Siegermächten geteilt, noch bevor der Krieg zu Ende war	93
5. Kapitel	
Die Siegermächte übernahmen nach 1945 die Regierungsgewalt in Deutschland	96
Die Potsdamer Gipfelkonferenz der alliierten Siegermächte 1945	
Die Festlegung der Demarkationslinie zwischen den drei westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone nach 1945	98
Der Bürgermeister der Stadt Schnackenburg im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde als Ortskundiger seiner Gemeinde zur Festlegung der Demarkationslinie hinzugezogen	

6. Kapitel	100
Die bis 1952 noch offene „grüne Grenze“ zwischen Ost und West nutzten viele Menschen auf beiden Seiten der Grenze aus, um sich trotz intensiver Bewachung durch sowjetische Soldaten dort zu treffen oder aber auch, um in die westlichen Besatzungszonen zu flüchten. Hierzu einige Beispiele aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg	
Der Brief einer Mutter aus Kapern vom 24. 7. 1945 an ihre Tochter im Kreis Uelzen über ein Treffen mit ihren Verwandten an der Grenze bei Gummern im Landkreis Lüchow-Dannenberg	
Die Flucht in den Westen auf der Elbe mit dem Zonenmotorschiff „Kurier“ bei Schnackenburg 1958	101
Auch eine ostzonale Kuh aus der benachbarten LPG in Bömenzien in der sowjetischen Besatzungszone flüchtete 1960 über die Grenze nach Kapern im Landkreis Lüchow-Dannenberg	
Eine Rinderherde schwamm 1981 im Elbholz bei Gartow im Landkreis Lüchow-Dannenberg über die Elbe in die sowjetische Besatzungszone	102
Auch ein Wachhund der DDR-Grenztruppen flüchtete 1988 bei Gummern über die Grenze in den Westen	103
7. Kapitel	104
Ein Ost-Westkonflikt bahnte sich an	
Hungersnot und Elend beherrschten das Bild in Deutschland	105
Die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen	106
Die große Wohnungsnot in den westlichen Besatzungszonen	107
Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945	
Frau Hermine Lüdecke aus Jeggel, Kreis Osterburg, wurde mit ihrem Hof in Jeggel Opfer der Bodenreform. Über ihr Schicksal erschien in der Tageszeitung des Stadt- und Landkreises Osterburg am 31. 3. 1992 ein Bericht	108
Ein neuer Markt entstand, der „Schwarzmarkt“ „	109
Der Hamburger Reporter Hans-Ludwig Reinbold nahm von Hamburg kommend an einer der sogenannten „Hamsterfahrt“ mit der Kleinbahn von Lüchow bis Schmarsau im Kreis Lüchow- Dannenberg teil	110
Die Marshall-Plan-Hilfe der USA 1946/47	115
In den westlichen drei Besatzungszonen wurde am 20. 6. 1948 eine neue Währung eingeführt	116
In der sowjetischen Besatzungszone wurde am 23. 6. 1948 ebenfalls eine neue Währung eingeführt	117
Die Blockade der Stadt Berlin durch die Sowjetunion 1948	
8. Kapitel	119
Die Gründung der „Bundesrepublik Deutschland“ in den drei westlichen Besatzungszonen am 23. 5. 1949	
Die Bundesrepublik Deutschland, ein demokratischer, freiheitlicher und föderalistischer Staat nach westlicher Prägung mit freier „Marktwirtschaft“ entstand	
Die Bildung eines „Parlamentarischen Rates“ in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen	
Die Verabschiedung des „Grundgesetzes“ für die Bundesrepublik Deutschland durch den „Parlamentarischen Rat“ am 8. 5. 1949	120
Das „Grundgesetz“ für die „Bundesrepublik Deutschland“ trat am 23. 5. 1949 in Kraft	
9. Kapitel	122
Die Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“ in der sowjetischen Besatzungszone am 7. 10. 1949	
Die „Deutsche Demokratische Republik“, ein diktatorischer, zentralistischer und sozialistischer Staat nach östlicher Prägung mit sozialistischer Planwirtschaft entstand im anderen Teil Deutschlands	
Die Gründung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) am 7. 3. 1946 und die Gründung der „Pionierorganisation Ernst Thälmann“ am 13. 12. 1948	123
Der Zusammenschluß von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) am 21. 4. 1946	126
Die Bildung einer „Deutschen Regierung“ in der sowjetischen Besatzungszone wurde vorbereitet	
Die Bestätigung der Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ durch die provisorische Volkskammer erfolgte am 30. 5. 1949	
Der von der „Provisorischen Volkskammer“ gewählte Präsident, Johannes Dieckmann, setzte am 7. 10. 1949 die „Verfassung“ für das Gebiet der DDR in Kraft.	

	127
10. Kapitel	131
Die Sowjetische „Stalinnote“ vom 10. 3. 1952 an die westalliierten Siegermächte	
Der sowjetische Partei- und Regierungschef, Joseph Stalin, schlug in einer Note an die alliierten Westmächte am 10. 3. 1952 den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland mit gleichzeitigen Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen vor	
War die Ablehnung der „Stalinnote“ durch die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland ein Fehler und eine vertane Chance?	132
Ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland nach sowjetischem Muster	133
Die Bundesrepublik Deutschland erhielt am 26. 5. 1952 von den Westmächten die volle Souveränität verliehen	
Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) in der „Deutschen Demokratischen Republik“ beschloß demgegenüber am 12. 7. 1952 die Richtlinien für den planmäßigen Aufbau eines „Sozialistischen Staates“	
	134
11. Kapitel	134
Die Bildung „Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) in der Deutschen Demokratischen Republik ab 1952	
Die „Zwangskollektivierung“ der landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR	
Der heute in Schnackenburg, Kreis Lüchow-Dannenberg, lebende Günter Steinbiß berichtet über die Flucht seiner Eltern wegen der drohenden Zwangskollektivierung aus der Stadt Lenzen/DDR in den Westen am 18. 1. 1953, die er als damals Zehnjähriger mit seinem sechsjährigen Bruder Siegfried erlebt hatte	136
In einem Bericht der Heimatbeilage der Altmarkzeitung des Kreises Osterburg/DDR vom 17. 7. 1999 schildert der Bauer Wilhelm Lindecke aus Seethen, Kreis Gardelegen, die Zwangskollektivierung seines Betriebes in Seethen und das Schicksal seiner Familie und seiner Eltern im Jahre 1953	137
Ein weiterer Bericht erschien in der Heimatbeilage der Altmarkzeitung des Kreises Osterburg am 7. 12. 2002 über die Zwangskollektivierung eines landwirtschaftlichen Betriebes in Nahrstedt bei Stendal. Der Autor Richard Wernicke berichtet über das Schicksal des Bauern Wilhelm Borchert aus dem Jahre 1958	143
Mit Mann und Roß und Wagen wegen der drohenden Zwangskollektivierung 1958 die Flucht über die Zonengrenze bei Schnackenburg im Landkreis Lüchow-Dannenberg	144
Unter der Überschrift „Neues aus dem Sperrgebiet“ berichtet die Tageszeitung des Stadt- und Landkreises Osterburg in ihrer Ausgabe vom 30. 3. 1991 über das Schicksal der Bewohner des altmärkischen Dorfes Klein Chüden bei Salzwedel ab 1960 bis zur Wiedervereinigung 1990	145
	146
12. Kapitel	
Die Überwachung der Demarkationslinie durch die „Deutsche Demokratische Republik“	
Die Aufstellung der „Volks- und Grenzpolizei“ sowie der „Grenztruppen“ in der DDR	
Die DDR erklärte am 10. 12. 1955 die Demarkationslinie einseitig als ihre Staatsgrenze	147
Die Bestimmungen des Schußwaffengebrauchs der Grenztruppen im Grenzdienst	
Der Fahneneid der Grenztruppen der DDR	150
	150
13. Kapitel	
Die Überwachung der Demarkationslinie durch die Bundesrepublik Deutschland nach 1945	
Der Einsatz der „Deutschen Hilfspolizei“ an der Demarkationslinie ab 1945	151
Die Aufstellung der „Deutschen Polizei“ zur Überwachung der Demarkationslinie ab 1946	
Mit Holzknüppeln gegen bewaffnete Verbrecherbanden im Grenzgebiet	154
Drei Jahre fuhr der „Heringsexpress“ täglich entlang der damaligen Demarkationslinie zwischen Lüchow und Schmarsau im Landkreis Lüchow-Dannenberg	155
Die Aufstellung des „Zollgrenzdienstes“ zur Überwachung der Zonengrenze	159
Das „Rote Telefon“ zur Gefahrenabwehr als direkte Verbindung zwischen West und Ost in Schnackenburg und in Bergen/Dumme im Landkreis Lüchow-Dannenberg	163
Die Aufstellung und der Einsatz des „Bundesgrenzschutzes“ zur zusätzlichen Überwachung der Zonengrenze	165
Der Einsatz des „Bundesgrenzschutzes“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg	166

14. Kapitel	167
Die Sicherung und Befestigung der Demarkationslinie durch die DDR ab 1952	
Der Grenz- und Warzzaun der DDR	168
Die Schaffung einer Sperrzone und der Beginn des pioniertechnischen	
Ausbau von Sperranlagen an der Demarkationslinie durch die DDR ab 1952	169
Erlaß einer Polizeiverordnung zur „Einführung einer besonderen Ordnung an	
der Demarkationslinie“ durch die DDR	171
Aufklärung und Begründung über die vorgesehenen Maßnahmen bei der	
Bevölkerung in den Grenzkreisen der DDR	174
Der Bevölkerung in der Sperrzone wurden besondere Vergünstigungen gewährt	179
15. Kapitel	180
Die Zwangsaussiedlung unbequemer Personen aus der Sperrzone an der Grenze der DDR wurde 1952 mit Befehl Nr. 38/52 des Ministers des Innern der DDR angeordnet	
Die Zwangsaussiedlung unbequemer Personen aus der Sperrzone wurde von	
den DDR-Behörden als „Umsiedlung“ bezeichnet	
Verfahren bei der Ausweisung	182
Maßnahmen der Landesregierung zur Durchführung der Ausweisung	184
Empfehlungen an die Grenzkreise der DDR zur Zwangsaussiedlung	185
Weitere Instruktionen zur Zwangsaussiedlung	186
Direktiven zur Zwangsaussiedlung	189
Beschlüsse der Regierungskommission der DDR vom 31. 5. 1952, die im	
Zusammenhang mit der „Einführung einer besonderen Ordnung an der	
Demarkationslinie“ stehen	191
Der Minister des Innern der DDR gab eine Reihe von Befehlen zur	
„Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“ der DDR heraus	192
Ein schriftlicher Vermerk über eine Besprechung beim Leiter der	
Abteilung Agrarpolitik der DDR vom 14. 6. 1952 zur gesamten	
Grenzregulierungsfrage als Folge der Zwangsaussiedlung	197
Die Erfassung des toten und lebenden Inventars der zur Umsiedlung	
vorgesehen bäuerlichen Betriebe	
Termine und Durchführung der Transporte der zur Aussiedlung vorgesehenen	
Personen und Betriebe	203
Einsatzplan zur Erstellung der Inventarlisten ver zur Umsiedlung	
vorgesehenen bäuerlichen Betriebe	205
Termine zur Durchführung der Transporte der zur Umsiedlung	
vorgesehenen Betriebe und Personen	206
Der Bauer Wilhelm Meier aus Gollensdorf, Kreis Osterburg, erinnert sich	
an die Zwangsaussiedlung seiner Familie aus der Sperrzone am 29. 5. 1952	
Ein anderes Beispiel über die Zwangsaussiedlung aus dem Jahre 1952	
erschien in der Wochenzeitung der „Kiebitz“ der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 17. 7. 2002	
unter der Überschrift: „Übrig bleibt die Erinnerung“	209
Erfassung der zwangsausgesiedelten bäuerlichen Betriebe,	
die in Auffanglager gekommen waren	210
16. Kapitel	211
Der Arbeiteraufstand in der DDR am 17. Juni 1953	
In der DDR erhebt sich erstmals ein Volk gegen das stalinistische System	
Die Forderung der Aufständischen	212
Die Niederschlagung des Aufstandes	213
Die Reaktion zum Aufstand im Westen	
17. Kapitel	214
Der Bau der Mauer in Berlin am 13. 8. 1961	
Die Krise um Berlin	
Mit Befehl des Ministers des Innern der DDR Nr. 002/61 vom 12. 8. 1961	
wurde die Absperrung der Sektorengrenzen in und um Berlin durch	
den Bau einer Mauer und durch die pioniertechnischer Absperranlagen angeordnet	
Mit Befehl des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 20. 6. 1963	
wurde angeordnet, an der Staatsgrenze in und um Berlin ebenfalls ein	
Grenzgebiet mit gestaffelten Absperranlagen zu errichten	217

18. Kapitel	219
Die 2. Aktion der Zwangsaussiedlung unbequemer Personen aus der Sperrzone an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland wurde 1961 durchgeführt	
Die 2. Aktion der Zwangsaussiedlung unbequemer Personen erfolgte mit Befehl Nr. 35/61 des Minister des Innern vom 1. 9. 1961	
Der damalige Landrat des Grenzkreises Osterburg der DDR, Dr. jur. Werner Barm, schildert in seiner nach seiner Flucht aus der DDR herausgegeben Broschüre „Achtung Sperrgebiet“ die genauen Einzelheiten der Zwangsaussiedlung unter der Überschrift: „Nachts, als die Möbelwagen kamen“	221
Widerstand gegen die Kollektivierung – die Zwangsaussiedlung als letztes Mittel. Eine Schilderung des damaligen LPG-Vorsitzenden Wilhelm Duhm aus Wanzer, Kreis Osterburg	226
Ein anderes Beispiel über die Durchführung der Zwangsaussiedlung von unbequemen Personen aus der Sperrzone aus dem Jahre 1961 kann den Unterlagen aus dem Grenzkreis Wernigerode im Südharz der DDR entnommen werden	227
19. Kapitel	231
Der pioniertechnische Ausbau weiterer Grenzsicherungsanlagen an der Demarkationslinie wurde ab 1961 durch die DDR verstärkt fortgesetzt	
Die DDR-Regierung hatte die Demarkationslinie bereits 1955 zur Staatsgrenze erklärt	232
Der Schutz der Staatsgrenze-West der DDR	233
Die Verlegung von Bodenminen und die Montage von Selbstschußanlagen durch die DDR an der Demarkationslinie ab 1961	
Der Schußwaffengebrauch der DDR-Grenztruppen im Grenzdienst	238
Die Räumung der Bodenminen und der Abbau der Selbstschußanlagen SM 70 ab 1983	239
Der verbesserte pioniertechnische Ausbau der Grenzschutzanlagen sollte den Minengürtel und die Selbstschußanlagen ersetzen	242
1. Die Schaffung einer 5 Kilometer breiten Sperrzone	
2. Die Schaffung eines 6 Meter breiten Spurensicherungstreifen	
3. Die Schaffung eines 500 Meter breiten Schutzstreifens	
Dem 500-Meter-Schutzstreifen vorgelagert war ein 100-200 Meter breiter und offener und sichtfreier Geländestreifen als Schußfeld geschaffen worden	243
Auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg fielen dem sichtfreien Geländestreifen zwei Dörfer auf DDR-Seite zum Opfer. Es waren die Dörfer Stresow und Jahrsau, deren Bewohner von 1952 bis 1974 zwangsweise umgesiedelt wurden	
Auch das Dorf Lütkenwisch in der Westprignitz an der Elbegrenze gegenüber der Stadt Schnackenburg im Landkreis Lüchow-Dannenberg sollte verschwinden	265
Das endgültig gestaffelte Absperrsystem innerhalb des 500-Meter-Schutzstreifens sah im Einzelnen folgendes vor:	267
Den Einsatz von „Freiwilligen Helfern“ der Grenztruppen in der Sperrzone	268
Den Einsatz von „Grenzaufklärern“ in der Sperrzone und an der Grenze	
Der Einsatz von „Grenzbeauftragten“ durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR	269
Eine 1393 Kilometer lange, undurchdringliche Grenze trennte Deutsche von Deutschen	270
20. Kapitel	271
Die Flucht der Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik mit technischen Hilfsmitteln	
Der Fluchtversuch mit einem selbstgebauten U-Boot auf der Elbe 1976	
Die Flucht mit einem selbstgebauten Mini-U-Boot über die Ostsee nach Dänemark 1968	
Die Flucht mit einem selbstgebauten Ballon an der innerdeutschen Grenze 1979	
Die Flucht mit einem selbstgebauten Fluggerät aus der Tschechoslowakai nach Österreich 1984	
Der Fluchtversuch mit einem selbstgebauten Kleinflugzeug an der innerdeutschen Grenze 1988	
Der Bau eines Fluchttunnels unter der Berliner Mauer 1964	273
Es gab darüber hinaus eine Vielzahl von geglückten und nichtgeglückten Fluchtversuchen aus der DDR über die Grenze in den freien Westen	
Am 15. 4. 1962 wurde in der Elbe bei Holtorf im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine weibliche Leiche angeschwemmt und geborgen	

21. Kapitel	274
Der Zwischenfall auf der Elbe bei Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg am 18. 10. 1966	
Ein Zwischenfall an der Elbgrenze bei Gorleben im Elbabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg mit dem westdeutschen Vermessungsschiff „Kugelbake“ am 18. 10. 1966 hätte beinahe einen dritten Weltkrieg ausgelöst	
Den Verlauf der Grenzprovokation schildert K. H. in der Fachzeitschrift der DDR „Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen“ mit der Überschrift „Die Schlacht um Gorleben“ hat der englische Publizist David Shears als Augenzeuge eine Darstellung über die Ereignisse an der Elbe niedergeschrieben	275
Der genaue Verlauf der 93 Kilometer langen Elbgrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg war seit Bestehen der Grenze bis zur Wiedervereinigung 1990 ungeklärt geblieben	280
22. Kapitel	281
Ein Spionagefall erschreckte 1991 die Grenzbewohner der Stadt Schnackenburg, Landkreis Lüchow-Dannenberg	
Geheimnisse gegen Bargeld	
Tätigkeit für die Staatssicherheit der DDR zugegeben	
Die Quelle sprudelte unaufgefordert	283
Vertrauen über Maßen mißbraucht	283
23. Kapitel	285
Der Reise- und Transitverkehr zwischen beiden deutschen Staaten	
Besuchsreisen von DDR-Rentnern in die Bundesrepublik Deutschland	
Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR-Bürger vom 20. 2. 1967	285
Das „Viermächteabkommen“ der Siegermächte über Berlin am 3. 9. 1971	
Das Abkommen über den Transitverkehr zwischen beiden deutschen Staaten vom 17. 12. 1971	
Der Abschluß eines Verkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 26. 5. 1972	287
24. Kapitel	287
Der Abschluß eines „Grundlagenvertrages“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 21. 12. 1972	
Der Wortlaut des „Grundlagenvertrages“ zwischen beiden deutschen Staaten	
Die Errichtung einer ständigen Vertretung in beiden deutschen Staaten	289
Die Bildung einer gemeinsamen Grenzkommission	
Die Ein- und Ausreise in der DDR erfolgte grundsätzlich nur auf schriftlichen Antrag bei der für den Besuchsort in der DDR zuständigen Volkspolizei-Meldestelle	294
Der „Grundlagenvertrag“ hatte wesentlich zur Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten beigetragen	296
Die wirtschaftliche Lage in der DDR hatte sich in der Mitte der 80er Jahre dramatisch verschlechtert	297
Massenflucht, Massenproteste und Massendemonstrationen beherrschten von da ab das tägliche Bild auf den öffentlichen Straßen und Plätzen in der DDR	299
Generalsekretär der SED, Erich Honecker, DDR, wurde am 18. 10. 1989 zum Rücktritt gezwungen	302
25. Kapitel	303
Der Fall der Mauer in Berlin und die Öffnung der Grenzübergänge an der innerdeutschen Grenze	
Ein Versprecher des Pressesprechers der DDR, Günter Schabowski, auf einer Pressekonferenz am 9. 11. 1989 in Ostberlin führte zur Überraschung für alle zum Fall der Mauer in Berlin und zur Öffnung sämtlicher Grenzübergänge an der innerdeutschen Grenze	
Ein Massenansturm der Menschen aus fast der ganzen DDR setzte ein und strömten zur Berliner Mauer und den Grenzübergängen an der innerdeutschen Grenze	
Im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurden im Zuge der Grenzöffnung ab 1989 zehn neue Grenzübergänge geschaffen	307
Die Wiederaufnahme des Fährbetriebes über die Elbe zwischen Pevestorf, Landkreis Lüchow-Dannenberg, und der Stadt Lenzen, Kreis Ludwigslust, am 2. 12. 1989	308
Die Eröffnung des Grenzüberganges von Kapern, Landkreis Lüchow-Dannenberg	

und Bömenzien, Kreis Osterburg, am 31. 3. 1990	312
Die Wiederaufnahme des Fährbetriebes zwischen Schnackenburg, Kreis Lüchow-Dannenberg, und der Lütkenwisch, Kreis Ludwigslust, am 7. 9. 1991	319
26. Kapitel	322
Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. 10. 1990	
Der Versuch der neuen DDR-Führung für einen politischen und wirtschaftlichen Neuanfang scheiterte	322
Am 18. 3. 1990 kam es wie vorgesehen in der DDR zu Neuwahlen	
Bereits am 18. 5. 1990 unterzeichneten in Bonn die Finanzminister beider deutscher Staaten Theo Waigel für die Bundesrepublik und Walter Romberg für die DDR einen Staatsvertrag zur „Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialreform in der DDR	324
Gesamtdeutsche Wahlen wurden vorbereitet	325
Der „Einigungsvertrag“ zwischen beiden deutschen Staaten wurde am 31. 8. 1990 unterzeichnet	326
27. Kapitel	329
Die Opfer an der Berliner Mauer und an der innerdeutschen Grenze	
Allein im Landkreis Lüchow-Dannenberg kamen 27 Menschen bei ihrer Flucht aus der DDR über die innerdeutsche Grenze ums Leben	
28. Kapitel	334
Nun muß zusammenwachsen, was zusammengehört	
Der großen Euphorie folgte die Ernüchterung	
Wiederherstellen der Rechtsstaatlichkeit in der ehemaligen DDR	336
Fast über Nacht verschwanden die Grenzbefestigungsanlagen an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze	
Was aber sollte mit denen geschehen, die auf beiden Seiten der Berliner Mauer und auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze zur Überwachung eingesetzt waren?	
Die Auflösung der „Grenztruppen“ der DDR	337
Die Auflösung der „Nationalen Volksarmee“ der DDR	
Die Auflösung der „Zollkommissariate“ mit ihren Grenzaufsichtsstellen im Landkreis Lüchow-Dannenberg	
Die Auflösung der „Zollschiffsstation“ in Schnackenburg und Hitzacker	339
Die Auflösung der Grenzaufsichtsstelle (ber.) mit ihren acht Pferden beim Zollkommissariat Gartow, Kreis Lüchow-Dannenberg	340
Der Wegfall der Überwachung der innerdeutschen Grenze durch den Bundesgrenzschutz am 1. 7. 1990	342
Zeitspiegel der Bundesrepublik Deutschland nach 1945	343
Zeitspiegel der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945	343
Quellennachweis	345
Fotos	346
Impressum	